



STELLUNGNAHME

Klimawandel begrenzen – Treibhausgas-Ausstoß verringern

Der Klimawandel stellt die umfassendste Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen dar. Immer deutlicher werden die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels sichtbar, zum Beispiel in Form von Extremwetterlagen und abnehmender Biodiversität. Dabei ist der Klimawandel mit seinen Auswirkungen nicht geschlechtsneutral. Aus globaler Perspektive gibt es spezifisch nachteilige Auswirkungen auf Mädchen und Frauen. Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) tritt dafür ein, dass Politik, Wissenschaft und Forschung sowie Kirche und Zivilgesellschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen und notwendige Schritte einleiten, damit die gesetzten Ziele des Übereinkommens von Paris erreicht werden können. Konsequentes Handeln ist gefordert!

Die Bundesregierung hat sich im Klimaschutzplan 2050 zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren (bezogen auf das Basisjahr 1990) mit dem Ziel einer weitgehenden Treibhausgas-Neutralität Deutschlands bis zum Jahr 2050. Nach Angaben des Umweltbundesamtes ist bis 2017 lediglich eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 27% erreicht worden.

Der Frauenbund fordert die Bundesregierung auf,

- ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz zu verabschieden, in dem feste Einsparziele und jährlich sinkende Jahresemissionsmengen für die einzelnen Handlungsfelder des Klimaschutzplans (Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft sowie Landnutzung und Forstwirtschaft) festgelegt sind,
- auf Europaebene einen Prozess zur Verabschiedung verbindlicher Klimaziele zu initiieren.

Die Kirche ist spätestens seit der Veröffentlichung der Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus dazu aufgefordert, ihre Verantwortung für das gemeinsame Haus zu übernehmen und konkrete Schritte zum Klimaschutz zu unternehmen.

Der Frauenbund fordert die Katholische Kirche auf,

- die Verantwortung der Menschen für den Erhalt der Schöpfung in den kirchlichen Strukturen zu verankern. Die Position der Umweltbeauftragten ist z.B. nicht in allen (Erz-)Bistümern besetzt und zum Teil nur mit einem geringen Stundenanteil ausgestattet.
- die Bewirtschaftung von kircheneigenem Land (landwirtschaftliche Nutzflächen und Wald) an nachhaltigen und klimafreundlichen Kriterien auszurichten.



- bei Sanierung und Erneuerung kircheneigener Immobilien den Anspruch eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands umzusetzen.
- im Rahmen von Reisekostenverordnungen die Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel offensiv zu unterstützen.

Der Frauenbund steht zu seiner Verantwortung für das Klima und verpflichtet sich dazu,

- dass sich Geschäftsstellen hinsichtlich ihrer nachhaltigen Betriebsführung ständig überprüfen und verbessern, ggfs. mit Hilfe einer Zertifizierung (zum Beispiel „Zukunft Einkaufen“ oder „Grüner Hahn“),
- Mobilität auf allen Verbandsebenen nachhaltig zu gestalten und den unvermeidbaren CO₂-Ausstoß über Kompensationsangebote (z.B. der Klimakollekte) auszugleichen.
- den Beschluss von 2008 für ein generelles Tempolimit „130“ auf Autobahnen selber umzusetzen.
- weitestgehend auf Verpackungsmaterial zu verzichten und Plastik zu vermeiden.
- bereits durchgeführte Projekte zu Klimathemen (z.B. für mich. für dich. fürs Klima – Klimabewusste Ernährung, Klimagerechtigkeit – nachhaltig heute für morgen, Umkehrzeiten – Heute in eine nachhaltige Zukunft) nachhaltig zu nutzen und die Inhalte im Verband zu verstetigen.
- in der Bildungsarbeit über Hintergründe des Klimawandels zu informieren und Möglichkeiten des Klimaschutzes aufzuzeigen.
- bei bundesweiten Initiativen, die zu nachhaltigen und klimabewussten Verhaltensweisen anregen (z.B. Zu gut für die Tonne, Grüner Knopf), Informationen an alle Verbandsebenen weiterzuleiten und zur Teilnahme aufzufordern.

Der KDFB appelliert an alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, durch Initiativen in ihren jeweiligen Handlungsfeldern zu einer Senkung der Treibhausgas-Emissionen beizutragen und auf diese Weise eine klimagerechte Zukunft zu gestalten.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 20.10.2019